

Gegen den rassistischen Normalzustand

... Infoveranstaltung am Di, 23.11.

Rassismus gehört bei uns, egal ob in der Politik oder auf der Strasse, immer noch zum Alltag. In jüngster Vergangenheit äußerte sich das z.B. in dem milden Urteil für zwei BGS - Beamte, die den Tod eines Abschiebehäftlings zu verantworten hatten oder bei dem rassistischen Übergriff im Unicenter, als ein Hund auf eine schwangere Migrantin gehetzt wurde. Diese Beispiele verdeutlichen, dass ein Engagement in diesem Bereich weiterhin wichtig ist, wie zum Beispiel bei den jährlichen Demonstrationen gegen die Abschiebeknäste in Neuss und Büren.

In Neuss gibt es seit 1993 den deutschlandweit einzigen Frauenabschiebeknast. Momentan sind dort 60 bis 80 Frauen inhaftiert, deren einziges „Verbrechen“

ist, dass sie die Kraft und den Mut aufgebracht haben, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihre Menschenrechte zu wehren. Sie fliehen vor politischer Verfolgung, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung,

Zwangsheirat und Berufsverbot, vor Hunger und Not. Die Frauen sind auf der Suche nach persönlicher, politischer und ökonomischer Sicherheit. Doch die Erwartungen, an elementaren Grundrechten teilhaben zu können, erfüllen sich für sie jedoch in aller Regel nicht.

Aufgrund der immer schärfer werdenden Asyl- und Einwanderungspraxis der BRD bzw. Europas bleibt den Frauen oft nur die Wahl zwischen Abschiebung, Ehe oder Illegalität. Die Frauen, die sich für ein Leben in der Illegalität entscheiden, werden oft Opfer von Ausbeutung, Misshandlung und Erniedrigung. Hinzu kommt die permanente Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden. So wurde

die Mehrheit der Frauen, die in Neuss eingesperrt sind, bei Razzien in Bordellen festgenommen.



Die inhaftierten Frauen bekommen meist keine Informationen über ihr Verfahren, über die Gründe ihrer Inhaftierung oder ihre Rechte, und haben somit keinerlei Möglichkeit, die Dauer ihrer Haft abzu- sehen.

Der Frauenabschiebeknast ist nicht nur ein Symbol für die rassistische Einwanderungspolitik der Bundesrepublik, die nur noch den für den Kapitalismus verwertbaren Menschen die Einreise in die Festung Europa gestattet. Er ist auch gleichzeitig ein Symbol einer Einwanderungspolitik, die geschlechtsspezifische Flucht- und Migrationsgründe nicht anerkennt.

Dienstag, den 23. November 2004

>> Infoveranstaltung zur Abschiebep Praxis der BRD und der Situation im Frauenabschiebeknast Neuss
>> 19.30 Uhr im Kulturcafé

>> Demo gegen den Abschiebeknast Neuss
am Sa, 27.11., 14:00 Uhr, Bahnhof Neuss

www.asta-bochum.de